

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Erlangen am Donnerstag, dem 29.04.2010, 16:00 - 17:45 Uhr, im Ratssaal, Rathaus.

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtrat genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nichtöffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

- | | | |
|------|--|--------------------------------|
| 5. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 5.1. | Radlerhearing am 12. Mai 2010 | 31/028/2010
Kenntnisnahme |
| 5.2. | Besichtigung von Baumaßnahmen | 24/013/2010
Kenntnisnahme |
| 5.3. | Anfrage von Frau StRin Rossiter zur halbseitigen Sperrung in der Kraftwerkstraße | 66/032/2010
Kenntnisnahme |
| 5.4. | Verlauf der Arbeitslosenquote zwischen 1996 und 2010
Tischauflage | 13/007/2010
Kenntnisnahme |
| 5.5. | Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung
Tischauflage | 13-2/038/2010
Kenntnisnahme |
| 5.6. | Veranstaltungen im Mai 2010,
Veranstaltungsvorschau Juni-Juli 2010
Tischauflage | 13-2/037/2010
Kenntnisnahme |
| 6. | Bericht aus nichtöffentlicher Sitzung | |
| 7. | Name für das kommunale Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK) | 13-4/001/2010
Beschluss |
| 8. | Fortschreibung Gleichstellungskonzept | Gst/001/2010
Beschluss |
| 9. | Erba-Villa: Erledigung des Antrages 031/2010 der SPD-Fraktion und des Protokollvermerkes aus der Sitzung des KFA am 3. März 2010 | 241/008/2010
Beschluss |

- | | | |
|-----|---|----------------------------|
| 10. | Mittelbereitstellung Werner-von-Siemens-Realschule, Sanierung der Turnhalle IP-Nr. 215A.404 | 24/011/2010
Beschluss |
| 11. | Mittelbereitstellung für Haushaltsstelle IvP-Nr. 541.802 Neubau/Sanierung Brücke Wöhrmühle West | 66/027/2010
Beschluss |
| 12. | Straßenausbaubeiträge Goethe-/Heuwaagstraße zwischen Güterhallenstraße und Hauptstraße; hier: Vergleichsvorschlag | 30-R/004/2010
Beschluss |
| 13. | Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion der Grünen Liste vom 10.03.2010, Nr. 30/2010; Petition Energiewirtschaft - Reduzierung der Einspeisungsvergütung für Solarstrom nur unter bestimmten Voraussetzungen | 31/024/2010
Beschluss |
| 14. | Krippenausbau: Fortschreibung der Priorisierung der Ausbautvorhaben unter Berücksichtigung der Haushaltsmittel | 512/001/2010
Beschluss |
| 15. | Errichtung einer neuen (vierten) Krippengruppe in Verbindung mit der Generalsanierung des Diakonischen Zentrums (Krippe, Kindergarten und Hort) | 512/004/2010
Beschluss |
| 16. | Ausbau Paul-Gossen-Straße zwischen Günther-Scharowsky-Straße und Hertleinstraße;
Bereitstellung der HH-Mittel im HH 2011 | 66/031/2010
Beschluss |
| 17. | Anfragen | |

Mitteilung zur Kenntnis

III/31/KJD/T2632

31/028/2010

TOP: 5.1

Radlerhearing am 12. Mai 2010

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Am 12. Mai 2010 wird um 20:00 Uhr in der Volkshochschule, Friedrichstraße 19, großer Saal, das Radlerhearing 2010 der Stadt Erlangen stattfinden.

Die Leitung hat Herr Oberbürgermeister Dr. Balleis.

Erlanger Bürgerinnen und Bürgern werden zu Verbesserungsvorschlägen und Zielvorstellungen zum Radverkehrskonzept befragt. Anregungen zu konkreten lokalen Verbesserungen werden aufgenommen, dokumentiert und nachfolgend bearbeitet.

Grundsätzliche Beiträge zu Zielen und Grundsatzfragen sollen sofort diskutiert werden.

Auch der Landrat und die Bürgermeister der Umlandgemeinden sind eingeladen.

Im Gegensatz zu 33% im Binnenverkehr ist der Anteil des, die Stadtgrenze überschreitenden Radverkehrs mit unter 5% noch sehr klein. Dieser Bereich ist eine besonders wichtige Herausforderung in der interkommunalen Zusammenarbeit.

Stadtrat am 29.04.2010

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Wüstner

Berichterstatter/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

VI/24/KWC-2500

24/013/2010

TOP: 5.2

Besichtigung von Baumaßnahmen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Die für Freitag den 26. März 2010 vorgesehene Besichtigungsfahrt der Mitglieder des Stadtrates musste aufgrund mangelnder Beteiligung leider entfallen.

Nachfolgend wird das vom GME vorbereitete Programm mit Informationen über die ausgewählten Projekte zur Kenntnis gebracht.

Anlagen: Aufstellung Projekte

Stadtrat am 29.04.2010

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Bruse
Berichtersteller/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

VI/662

66/032/2010

TOP: 5.3

Anfrage von Frau StRin Rossiter zur halbseitigen Sperrung in der Kraftwerkstraße

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

EStW, EBE, 31, 61, WSA

Zur Anfrage von Frau StRin Rossiter in der StR-Sitzung vom 25.03.2010 hinsichtlich der wiederum erfolgten halbseitigen Sperrung in der Kraftwerkstraße ist folgender Sachstand mitzuteilen:

Mit der Neuentwicklung des vormaligen Kraftwerksgeländes (Bebauungsplan BP 289) wurden auch Änderungen und Erneuerungen der Infrastruktur erforderlich. Die diesbezüglichen Regelungen sind dabei im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages zwischen dem E.ON Konzern und der Stadt Erlangen festgelegt. Im Vollzug dessen wurden in 2008/2009 neben der inneren Erschließung der Umbau der Einmündung Kraftwerksgelände/-straße sowie die Verlegung eines neuen Schmutzwasserkanals zum Pumpwerk Frauenaarach östlich der Kanalunterführung im Auftrag der E.ON durchgeführt. Bei der im 4. Quartal 2009 durchgeführten und von Frau StRin Rossiter zitierten Maßnahme handelt es sich um eine Erneuerung der Wasserleitung auf der Ostseite der Kraftwerkstraße im Auftrag der EStW. Die gegenwärtigen Baumaßnahmen werden durch die infrastrukturbedingt erforderliche Neuordnung der Straßenentwässerung sowie die durch Wasserrechtsbescheid geforderte und dem Stand der Technik entsprechende Einleitung in die Aurach hervorgerufen und im Auftrag des Tiefbauamtes durchgeführt. Baubereich ist dabei die Westseite der Kraftwerkstraße südlich der Aurach mit einem Abschluss der Maßnahme Ende April 2010.

Auf Grund der unterschiedlichen Auftraggeber, verschiedenen Vergabeverfahren, Bauabschnitte und Trassenverläufe ist eine gemeinsame Durchführung nicht möglich, eine zeitliche Abfolge unabwendbar.

In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, dass betreffs verkehrsbeeinflussender Baumaßnahmen in der Kraftwerkstraße nach Mitteilung des Wasser- und Schaffahrtssamtes in Kürze Arbeiten zur Dammsicherung des Main-Donau-Kanals anstehen. Des Weiteren ist das Tiefbauamt in Erfüllungspflicht des Wasserrechtsbescheides zur Einleitung in die Aurach gefordert, auch eine Neuordnung der Straßenentwässerung für den Bereich nördlich der Aurach durchzuführen. Dies ist, soweit die Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt werden, für 2011 vorgesehen.

Stadtrat am 29.04.2010

Der Sachbericht hat den Mitgliedern des Stadtrates zur Kenntnis gedient, die Anfrage von Frau StRin Rossiter gilt somit als beantwortet.

gez. Dr. Balleis

gez. Bruse

Vorsitzende/r

Berichterstatter/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

OBM/KEI

13/007/2010

TOP: 5.4

Verlauf der Arbeitslosenquote zwischen 1996 und 2010

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 30-S

Oberbürgermeister Dr. Balleis bittet um Kenntnisnahme beigefügter Statistik.

Die Abteilung Statistik und Stadtforschung hat eine Übersicht über die Erlanger Arbeitslosenquote im Zeitverlauf erstellt, die Ihnen am 26.04.2010 per E-Mail zugeschickt worden ist. In dieser Mitteilung liegt die grafische Auswertung der Daten zur Kenntnis vor. Die seit Dezember 1997 verwendete Arbeitslosenquote ist auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogen. Für die Monate vor Dezember 1997 gibt es nur die Quote bezogen auf alle abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen. Da die Differenz zwischen den beiden Quoten seit 1998 durchschnittlich 0,8 Prozentpunkte beträgt, wurden die Quoten von Dezember 1995 bis November 1997 um diesen Wert reduziert.

Anlagen: Arbeitslosenquote Erlangen 1996 bis 2010

Stadtrat am 29.04.2010

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Schmitt

Berichterstatter/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

OBM/13-2/PSG

13-2/038/2010

TOP: 5.5

Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Seit der letzten Sitzung des Erlanger Stadtrates wurden die in der Anlage aufgeführten Stadtrats- und Fraktionsanträge gestellt.

Anlagen: Antragsliste

Stadtrat am 29.04.2010

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Schmitt
Berichterstatter/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

OBM/13-2/T. 2813

13-2/037/2010

TOP: 5.6

Veranstaltungen im Mai 2010, Veranstaltungsvorschau Juni-Juli 2010

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Stand: 29.04.2010

Veranstaltungen Mai 2010

Wladimir

Sa.,	01.05.	9:00 bis 17:30 Uhr	17. Erlanger Rädli
Mo.,	03.05.	10:30 Uhr	Einweihung der Grundschule Büchenbach sowie Vorstellung der neuen Schulleiterin
Di.,	04.05.	18:30 Uhr	Eröffnung Besiktas-Platz
Mi.,	12.05.	20:00 Uhr	Radler-Hearing, Volkshochschule, Friedrichstraße 19, großer Saal
Fr.,	14.05.	11:00 Uhr	Auftaktveranstaltung der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“, Hugenottenplatz, Erlangen
Fr.,	14.05.	Bis 23:00 Uhr	2. Erlanger Sternen Nacht
Do.,	20.05.	17:00 Uhr	Eröffnung der Erlanger Bergkirchweih, Erich-Keller, anschließend Bewirtung auf dem Henninger Keller
Di.,	25.05.	11:00 Uhr	Journalisten-Frühschoppen am Berg, Dinkels Frankendorf
Mi.,	26.05.	15:00 Uhr	Treffen der Senioren auf dem Berg Schächtner's-Zelt
07.-10.05.	Wladimir		Delegationsreise anlässlich des 65. Jahrestages des Kriegsendes und des Jubiläums „15 Jahre Erlangen-Haus“
22.-30.05.	Wladimir		Bürgerreise nach Wladimir

Besiktas

03.05. – 06.05.	Erlangen		12-köpfige Delegation aus Besiktas zur Eröffnung des Besiktas-Platzes am 04.05.2010 um 18:30 Uhr
-----------------	----------	--	--

Vorschau Juni 2010

Mi.,	02.06.	16:00 Uhr	Eröffnung Palais Stutterheim, Festakt
Do.,	03.06.	9:30 Uhr	Festgottesdienst anlässlich des Jubiläums „100 Jahre Fronleichnam- prozession in Erlangen“, Schlossplatz anschließend Prozession
Do.- So.,	03.-06.06.		14. Internationaler Comic-Salon
Do.,	10.06.	20:00 Uhr	EU-Veranstaltung: Vortrag von Frau Angelika Gehler (Leiterin des Europa-Büros der bayer. Kommunen) zum Thema „Der Lissabon-Vertrag und die Bedeutung für die Kommunen – Welche Chancen und Risiken birgt er?“
Fr.	11.06.	18:00 Uhr	60 Jahre WiR (Wirtschaftsschule im Röthelheimpark), SiemensMedicare, Allee am Röthelheimpark 1, Erlangen
So.,	13.06.	11:00 Uhr	Einweihung der neuen Synagoge und 10jähriges Jubiläum der Jüdischen Gemeinde Erlangen
Fr.,	18.06.	10:30 Uhr	Eröffnung Röthelheimbad, Gebbertstraße 121
Sa.,	19.06.		Tag der offenen Tür im Röthelheimbad
Sa.,	26.06.	20:00 Uhr	Schlossgartenfest

Cumiana und Venzone

21.-28.06.	Cumiana/ Venzone	Bürgerreise des Italienisch-Deutschen Vereins mit Teilnahme an der 1200-Jahrfeier der Stadt Cumiana (Vertretung des Oberbürgermeister: Bürgermeister Lohwasser)
------------	---------------------	---

Vorschau Juli 2010

So.,	04.07.	11:00 Uhr	Gedenken an Oberbürgermeister Dr. Heinrich Lades mit Übergabe einer Büste, Heinrich-Lades-Halle
Mi.,	07.07.	10:00 Uhr	50 Jahre Grundschule Frauenaarach
Fr.,	09.07.	12:00 Uhr	Kranzniederlegung 30. Todestag Bürgermeister Dr. Friedrich Sponsel, Zentralfriedhof
Fr.,	09.07.	17:00 Uhr	Gemeinsamer Empfang der Stadt Erlangen und der SPD-Fraktion anlässlich des 80. Geburtstages von Herrn Willi Gehr
Mi.,	14.07.	20:00 Uhr	Einweihung Frauenhaus, E-Werk
Fr.	16.07.	19:00 Uhr	Festveranstaltung „200 Jahre Zugehörigkeit Erlangens zu Bayern“ mit Herrn Ministerpräsidenten Seehofer, Denkmal im Eichenwald

Vorschau August 2010

Mi.,	04.08.	12:00 Uhr	Kranzniederlegung 20. Todestag Dr. Heinrich Lades, Zentralfriedhof
------	--------	-----------	---

Stadtrat am 29.04.2010

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen die städtischen Veranstaltungen im Mai 2010, sowie die Vorschau auf die Veranstaltungen im Juni und Juli 2010 zur Kenntnis.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Schmitt
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

TOP: 6

Bericht aus nichtöffentlicher Sitzung

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö		

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Stadtrat am 29.04.2010

Protokollvermerk:

Herr Ternes / OBM/ZV berichtet aus nichtöffentlicher Sitzung, dass der bisherige stellvertretende Amtsleiter, Herrn Thorsten Liebetruh, mit Wirkung vom 1.6.2010 die Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes übernehmen wird. Die förmlichen Beschlüsse für die Bestellung werden in der nächsten Sitzung gefasst.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Friedel
Schriftführer/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
Zum Vorgang

Beschlussvorlage

OBM/13-4/KSJ Tel. 2375

13-4/001/2010

TOP: 7

Name für das kommunale Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK)

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Jury: OBM, BM 2, Vertreter/innen der Fraktionen, 13-1, Erlanger Nachrichten

I. Antrag

Der Stadtrat beschließt den Namen für das kommunale Integrationsprogramm (in der Nachfolge der erfolgreichen Integrationsmaßnahmen der Projekte MIR und Sputnik) mit Start zum 01.06.2010:

Alternative A: Die Begleiter (mit Übersetzung in mehrere Sprachen) (Jury: 13 Stimmen)

Alternative B: Wegbereiter (Jury: 4 Stimmen)

Alternative C: Komm MIT – Migration, Integration, Toleranz (Jury: 3 Stimmen)

Damit gilt der Antrag der CSU-Fraktion Nr. 023/2010 als bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das kommunale Integrationsprogramm erhält einen Namen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Jury legt drei Vorschläge zur Abstimmung vor.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Wettbewerb wurde durchgeführt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die Preise (1. Platz: ein Stadtlexikon, 2. Platz: ein Erlangen-Monopoly, 3. Platz: eine Familieneintrittskarte für das Stadtmuseum) werden aus dem Budget von Amt 13 finanziert. Sollte Vorschlag A gewählt werden, verzichten die Mitarbeiter/innen auf die Preisausschüttung. Dafür erhält eine Bürgerin, die 16 Vorschläge eingereicht hat, einen Anerkennungspreis.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen:

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

Der Stadtrat beschließt den Namen für das kommunale Integrationsprogramm (in der Nachfolge der erfolgreichen Integrationsmaßnahmen der Projekte MIR und Sputnik) mit Start zum 01.06.2010:

Alternative A: Die Begleiter (mit Übersetzung in mehrere Sprachen) (Jury: 13 Stimmen)

Alternative B: Wegbereiter (Jury: 4 Stimmen)

Alternative C: Komm MIT – Migration, Integration, Toleranz (Jury: 3 Stimmen)

Damit gilt der Antrag der CSU-Fraktion Nr. 023/2010 als bearbeitet.

Protokollvermerk:

Frau StRin Dr. Herzberger-Fofana fragt an, in welcher Reihenfolge das Integrationsprogramm übersetzt wird bzw. an welche Sprachen zuerst gedacht wird.

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis teilt mit, dass dies noch in den Fachgremien diskutiert wird.

mit 49 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

gez. Schmitt

Vorsitzende/r

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

OBM/Gst/ZBB-1523

Gst/001/2010

TOP: 8

Fortschreibung Gleichstellungskonzept

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 11, Amt 30, PR

I. Antrag

Die fortgeschriebene Fassung des Gleichstellungskonzeptes (s. Anlage) ist ab sofort für die Stadt Erlangen gültig.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ein Gleichstellungskonzept kann seine Wirkung nur entfalten, wenn es die aktuellen Entwicklungen und neue gesetzliche Grundlagen wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) berücksichtigt. Mit dem fort geschriebenen Konzept, wird konsequent dem Rechnung getragen, dass Gleichstellungspolitik Frauen und Männer betrifft und Bestandteil von Führungsverantwortung ist. Das Ziel ist, dass Geschlechtergerechtigkeit konsequent in allen Bereichen der Personalpolitik und -entwicklung umgesetzt wird.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Punkte des Konzeptes müssen in allen Bereichen der Personalpolitik, bei Konzeptentwicklungen und Aktivitäten in den Bereichen Personalentwicklung, Gesundheitsförderung, Telearbeit, Teilzeit, Familienfreundlichkeit etc. berücksichtigt werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Gleichstellungsbeauftragten beraten die zentrale Verwaltung und Führungskräfte zur Umsetzung des Gleichstellungskonzeptes, setzen sich für die Umsetzung in allen internen Bereichen ein und leisten Öffentlichkeitsarbeit und bieten Fortbildungen zur Umsetzung an.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ bei IPNr.:
Sachkosten:	€ bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€ bei Sachkonto:
Folgekosten	€ bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€ bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen	

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen:

Gleichstellungskonzept (Fortschreibung des Frauenförderplans von 1989, Fortschreibung des Gleichstellungskonzeptes von 1996) Fortschreibung 2010

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

Die fortgeschriebene Fassung des Gleichstellungskonzeptes (s. Anlage) ist ab sofort für die Stadt Erlangen gültig.

Protokollvermerk:

Frau StRin Grille regt an, das Thema Telearbeit nicht nur bei der Stadt Erlangen sondern auch bei den Firmen weiter voranzutreiben.

mit 49 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Aschmann

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/241

241/008/2010

TOP: 9

Erba-Villa: Erledigung des Antrages 031/2010 der SPD-Fraktion und des Protokollvermerkes aus der Sitzung des KFA am 3. März 2010

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	vertagt

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 20, Amt 40, Amt 41, Amt 51

I. Antrag

Der Antrag 031/2010 „ERBA-Villa: Kostenvergleich von Sanierung und Miete – Antrag zum HFPA und JHA“ der SPD-Fraktion¹ ist erledigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die

- Variante 1 Anmietung des Bauteils D im „Erba-Park“ und Nutzbarmachung des Erdgeschosses der Erba-Villa
und damit die Beschlüsse des HFPA vom 10. Februar 2010 und des StR vom 25. Februar 2010 umzusetzen.
- Variante 2 Anmietung des Bauteils D im „Erba-Park“ und Generalsanierung der Erba-Villa voranzutreiben und Vorschläge zur Finanzierung der Generalsanierung der Erba-Villa zu machen.
- Variante 3 Generalsanierung der Erba-Villa und Anbau
umzusetzen und Vorschläge zur Finanzierung der Generalsanierung der Erba-Villa und des Anbaus zu machen.
Die Beschlüsse des HFPA vom 10. Februar 2010 und des StR vom 25. Februar 2010 werden außer Kraft gesetzt.

¹ Der Fraktionsantrag ist Anlage der Mitteilung zur Kenntnis im nicht-öffentlichen Teil.

- Variante 5 Verkauf der Erba-Villa und Beschaffung von Ersatzflächen zu prüfen.

Die Beschlüsse des HFPA vom 10. Februar 2010 und des StR vom 25. Februar 2010 werden außer Kraft gesetzt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Sicherung des weiteren Betriebes des Bürgertreffs in der Erba-Villa, der in der Erba-Villa untergebrachten Bereiche der Jugendsozialarbeit und Hauptschul-Lernstube sowie der Lernstube und der familienpädagogischen Einrichtung am Anger, Hertleinstraße 24

Für den Betrieb der Hauptschul-Lernstube in der Erba-Villa ist die Betriebserlaubnis mit dem 31. August 2009 abgelaufen. Aktuell gibt es für den Betrieb keine Genehmigung der Regierung von Mittelfranken. Die Betriebserlaubnis für die gesamte Erba-Villa erlischt per 31. Dezember 2010. Für die Nutzer der Erba-Villa ist ab 2011 eine anforderungsgerechte Unterbringung sicherzustellen. Betroffen sind folgende Einrichtungen:

- EG Bürgertreff (Abt. 413)
- 1. OG Hauptschul-Lernstube (Abt. 511)
- 2. OG Jugendsozialarbeit (Abt. 511)

Für die in der Hertleinstraße 24 untergebrachte Lernstube und familienpädagogische Einrichtung zeichnet sich seit Längerem ab, dass aufgrund der beträchtlichen Erhöhung der Nutzerzahlen die Räume nicht mehr ausreichend sind. Der Bezirk hat zur Auflage gemacht, dass die Flächen in der Hertleinstraße 24 künftig ausschließlich von der Lernstube zu nutzen sind.

Aus der Prognose der zu erwartenden Schülerzahlen lässt sich ableiten, dass der Bedarf an Lernstuben nicht zurückgehen wird. Selbst wenn sich die Zahl an Hauptschülern geringfügig reduzieren würde, der Bedarf an Plätzen im Hauptschulalter würde sich nicht verringern. Amt 51 bekommt von den Hauptschulen die Rückmeldung, dass die Problematiken der Kinder und Jugendlichen zunehmen und es wurde bereits nachgefragt, ob nicht auch für den Einzugsbereich der Ernst-Penzoldt-Hauptschule eine Hauptschul-Lernstube angeboten werden könnte.

Die Hauptschul-Lernstuben werden nicht ausschließlich von Kindern, die die Hauptschule besuchen, genutzt. Ein Teil der Kinder und Jugendlichen kommt aus den Bereichen der Förderschule, der Realschulen, Wirtschaftsschule und punktuell auch aus dem gymnasialen Bereich. Gerade Kinder, die bereits in der Grundschule eine Grundschullernstube besucht und den Übertritt in ein Gymnasium bzw. Realschule geschafft haben, brauchen aufgrund der oft unzureichenden häuslichen Unterstützung für einen erfolgreichen Übertritt die Begleitung einer Hauptschul-Lernstube.

Beschlusslage:

HFFPA 10. Februar 2010 Anmietung von Ersatzräumen für

- Hauptschul-Lernstube in der Erba-Villa (Abt. 511)
- Jugendsozialarbeit in der Erba-Villa (Abt. 511)
- familienpädagogische Einrichtung am Anger (Abt. 511)

StR 25. Februar 2010 Erhalt der unverzichtbaren Einrichtung Erba-Villa durch Nutzbar-
machung des Erdgeschosses²

Flächen gemäß Beschlusslage:

Organisationseinheit	Ist		Plan	
Abt. 413 Bürgertreff	Erba-Villa EG	163,12 qm	Erba-Villa EG	163,12 qm
Abt. 511 Jugendsozialarbeit	Erba-Villa 2. OG	109,93 qm	Anmietung	213,90 qm
Abt. 511 Hauptschul-Lernstube	Erba-Villa 1. OG	161,47 qm	Anmietung	209,50 qm
Abt. 511 Familienpädagog. Einricht.	Hertleinstr. 24	40,00 qm	Anmietung	165,50 qm
Abt. 511 Logopädin	Friedrichstr. 21	63,06 qm	Anmietung	22,80 qm
GGFA GGFA: Projekt HANS	-	- qm	Anmietung	22,80 qm
		537,58 qm		797,62 qm
Abt. 511 Jugendsozialarbeit	-	- qm	Anmietung Spielfläche	280,00 qm
Abt. 511 Jugendsozialarbeit	-	- qm	Anmietung Lagerfläche	320,00 qm
Abt. 511 Jugendsozialarbeit	-	- qm	Anmietung Dachterrasse	480,00 qm
				1 080,00 qm

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Laut Beschlusslage (Stand: März 2010) sind folgende Schritte erforderlich:

- Fortführung der Verhandlungen mit dem Eigentümer der anzumietenden Ersatzflächen
- Erhalt des Bürgertreffs in der Erba-Villa durch Nutzbarmachung des Erdgeschosses

Es besteht u m g e h e n d Handlungsbedarf, da für alle Nutzer der Erba-Villa ab dem 31. Dezember 2010 eine anforderungsgerechte Unterbringung sicherzustellen ist.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nach dem Protokollvermerk aus der Sitzung des KFA am 3. März 2010 und dem Fraktionsantrag 031/2010 vom 10. März 2010 standen zunächst vier Varianten zur Disposition.

² Der Sperrvermerk im HFFPA am 17. Februar 2010 wurde im KFA am 3. März 2010 aufgehoben.

Variante 1: Anmietung im „Erba-Park“ und reine Nutzbarmachung des Erdgeschosses der Erba-Villa laut Beschlusslage

Anmietung von Ersatzräumen im „Erba-Park“ für - Hauptschul-Lernstube
- Jugendsozialarbeit
- familienpädagogische Einrichtung

Nutzbarmachung der Erba-Villa für - Bürgertreff

voraussichtliche einmalige Kosten (Anmietung und Stufe 1) 620 000 €

laufende Kosten der Anmietung und Betriebskosten der Erba-Villa 130 700 €

Einschätzung der Verwaltung

- Die Nutzbarmachung der Erba-Villa schafft lediglich mittelfristig Abhilfe. In fünf bis zehn Jahren ist die Generalsanierung dennoch erforderlich!
- Die Sanierung des Daches der Erba-Villa (Stufe 2) mit einem Finanzierungsbedarf von 165 000 € ist aus Sicht des GME im Jahr 2011 zwingend durchzuführen.

Variante 2: Anmietung im „Erba-Park“ und Generalsanierung der Erba-Villa

Anmietung von Ersatzräumen im „Erba-Park“ für - Hauptschul-Lernstube
- Jugendsozialarbeit
- familienpädagogische Einrichtung

Generalsanierung der Erba-Villa für - Bürgertreff
- ...

voraussichtliche einmalige Kosten 1 750 000 €

laufende Kosten der Anmietung und Betriebskosten der Erba-Villa wie Variante 1

Die Kosten für die Interimsunterbringung des Bürgertreffs während der Generalsanierung sind **n i c h t** berücksichtigt!

Einschätzung der Verwaltung

- ohne Lernstube keine FAG-Förderung für die Erba-Villa, ggf. Förderung im Rahmen des Denkmalschutzes
- Ersatzflächen für den Bürgertreff für ca. 1,5 Jahre während der Generalsanierung in der Nähe der Erba-Villa erforderlich

Variante 3: Generalsanierung der Erba-Villa und Anbau

Generalsanierung der Erba-Villa für - Bürgertreff
- Hauptschul-Lernstube

Nutzung des Anbaus durch - Jugendsozialarbeit

einmalige Kosten

Sanierungskosten rund 1 300 000 €

Anbau einschl. Außenanlagen rund 700 000 €

voraussichtliche einmalige Kosten 2 000 000 €

Die Kosten für die Interimsunterbringung während der Generalsanierung sind **n i c h t** berücksichtigt!

Einschätzung der Verwaltung

- Eine FAG-Förderung des Bewegungsraumes ist bei Doppelnutzung fraglich. Ggf. werden Förderung im Rahmen des Denkmalschutzes gewährt.
- Variante 3 stellt keine dauerhafte Lösung für die beengten Verhältnisse in der Lernstube und der familienpädagogischen Einrichtung am Anger, Hertleinstraße 24 dar.
- Die Aufnahme der Hauptschul-Lernstube in der Eichendorffschule ist **i n e i n e r I n t e r i m s z e i t** möglich. Mit den ehemaligen Räumen der Ganztagsbetreuung im Keller stehen zwei Klassenräume und eine kleine Küche zur Verfügung. Zusätzlich wird im Keller ein weiterer Ausweichraum frei, wenn in diesem Schuljahr mit dem Umbau und der Verlagerung von zwei Schulküchen begonnen wird. Dieser Ausweichraum kann **ü b e r g a n g s w e i s e** mitgenutzt werden.
- Für den Bürgertreff und für die Jugendsozialarbeit werden Ersatzflächen während der Generalsanierung für ca. 1,5 Jahre in der Nähe der Erba-Villa erforderlich.

Variante 4: Erwerb des gesamten „Erba-Parks“ und Verkauf der Erba-Villa

Einschätzung der Verwaltung

Nach der Begehung des gesamten Komplexes „Erba-Park“ am 25. März 2010 mit Vertretern der Abteilungen 242 „Technisches Gebäudemanagement“ und 413 „Soziokulturelle Stadtteilarbeit“ stand für alle Anwesenden fest, dass sich aufgrund des Zustandes des Objektes und der finanziellen Gesamtsituation weitere Überlegungen hinsichtlich Variante 4 erübrigen.

Nach der Sitzung des BWA am 20. April 2010 steht ein fünfte Variante zur Disposition.

Variante 5: Verkauf der Erba-Villa und Beschaffung von Ersatzflächen

Einschätzung der Verwaltung

Variante 5a: Verkauf und Neubau

Für einen Neubau stehen in der Nähe der Erba-Villa keine städtischen Flächen zur Verfügung.

Variante 5b: Verkauf und Anmietung

Die Beschaffung von Ersatzflächen durch Anmietung ist laut überschlägiger Kapitalwertberechnung die günstigere Variante.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Stellungnahme des Referats II:

Für die genannten Varianten stehen im Haushaltsplan 2010 und im Finanzplan bis 2013 "nur" die Anmietkosten und die einmaligen Umbaukosten für den Erba-Park sowie die erste Stufe der Nutzbarmachung der Erba-Villa zur Verfügung. Dies bedeutet, dass in der Variante 1 die Stufen 2 bis 4 **n i c h t** finanziert und auch die Varianten 2 bis 4 **n i c h t** durchfinanziert sind."

Anlagen:

Der Fraktionsantrag und der Protokollvermerk sind Anlagen in der Mitteilung zur Kenntnis im nicht-öffentlichen Teil.

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates am 19.5.2010 vertagt. Es sollen noch verschiedene Objekte geprüft werden um u.a. auch die Unterbringung der Lernstube der Eichendorffschule sicherzustellen.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Bruse
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

VI/242-1/LHB

24/011/2010

TOP: 10

Mittelbereitstellung Werner-von-Siemens-Realschule, Sanierung der Turnhalle IP-Nr. 215A.404

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 40, Amt 20, Ref. II

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt

gez. Beugel.....
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/planmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IWerner-von-Siemens-Realschule, Turnhalle IP-Nr. 215A.404	Kostenstelle [920762	Produkt 215 Realschulen	450.000 € für Sachkonto [
--	----------------------	-------------------------	-------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Übertragung

IP-Nr. [-----	Kostenstelle [929980	in Höhe von Produkt 11170024 [GME-Bauunterhalt	450.000 € bei Sachkonto [521112
IP-Nr. [Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto
IP-Nr. [Kostenstelle [und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto [

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung der Maßnahme sind nachfolgende Investitionsmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung - €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) 2009:
70.000 €
2010:
1.050.000 €

2011:
280.000 €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von - €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 1.400.000 €

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **1.850.000 €**

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig von bis

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Den Gebäudenutzern werden intakte Gebäude zur Verfügung gestellt.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Doppelturnhalle der Werner- von- Siemens- Realschule wird im Rahmen der Konjunkturpaket II- Förderung und der FAG- Förderung in diesem Jahr saniert. Die Außenhülle (Fassaden, Dächer, Fenster) wird gemäß Energieeinsparverordnung 2009 wärmegeklämt. Mittels Durchführung von Brandschutzmaßnahmen (Einbau Sicherheitsbeleuchtung, Rauchabzugsanlagen, Brandschutztüren und -fenster) wird die Halle zur Versammlungsstätte ausgebaut, damit größere Schulveranstaltungen dort stattfinden können. Weiterhin sollen die 42 Jahre alten Haustechnischen Anlagen, Umkleide- und Duschräume erneuert werden.

Im Zuge der Haushaltsanmeldungen wurden im Frühjahr 2009 Baukosten in Höhe von 1.400.000€ zum Investitionshaushalt angemeldet und bewilligt. Im Rahmen der Leistungsphase Entwurfsplanung wurden Baukosten in Höhe von 1.850.000€ ermittelt, weswegen die Differenzsumme hierfür im GME- Budget reserviert wurde, nachdem die Nachmeldung zum Haushalt 2010 erfolglos blieb.

Die Mittelbereitstellung mit Deckung aus dem GME- Budget wird beantragt, um das oben beschriebene Sanierungsprogramm der Turnhalle durchführen zu können. Die FAG- Förderung (ca. 140.000€) der beantragten Mittelbereitstellungssumme (450.000€) ist jetzt im Rahmen des Sanierungspaketes möglich. Bei einer späteren Antragstellung mit dieser Summe würde der Schwellenwert von 25% der vergleichbaren Neubaukosten nicht mehr erreicht und die FAG- Förderung der Teilsanierungssumme 450.000€ wäre nicht mehr möglich.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektleitung und –steuerung durch GME, SG Bauunterhalt in Zusammenarbeit mit SG Betriebstechnik.

Vergabe der Architektenleistungen und der Ingenieurleistungen an externe Projektanten.

Anlagen:

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/planmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IWerner-von-Siemens-Realschule, Turnhalle IP-Nr. 215A.404	Kostenstelle [920762	Produkt 215 Realschulen	450.000 € für Sachkonto [
--	----------------------	-------------------------	-------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Übertragung

IP-Nr. [-----	Kostenstelle [929980	in Höhe von Produkt 11170024 [GME-Bauunterhalt	450.000 € bei Sachkonto [521112
IP-Nr. [Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto
IP-Nr. [Kostenstelle [und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto [

mit 49 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Beugel

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

VI/661/MDA

66/027/2010

TOP: 11

Mittelbereitstellung für Haushaltsstelle IVP-Nr. 541.802 Neubau/Sanierung Brücke Wöhrmühle West

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Die Zustimmung zu Mittelbereitstellung wird erteilt / nicht erteilt!

23.03.2010, gez. Beugel

Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IP-Nr. 541.802 (Brücke Wöhrmühle West)	Kostenstelle 660090	Produkt	125.000,- € für Sachkonto [
---	---------------------	---------	---------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

IP-Nr. 541.500 (Erschließungsmaßn.,Bau)	Kostenstelle 660090	in Höhe von Produkt [50.000,- € bei Sachkonto [
IP-Nr. 541.841 (Radwegenetz, Ausbau)	Kostenstelle 660090	und in Höhe von Produkt [25.000,- € bei Sachkonto
IP-Nr. 541.840 (Fuß- /Radwege, kl.Baumaßn.)	Kostenstelle 660090	und in Höhe von Produkt [30.000,- € bei Sachkonto [
IP-Nr. 541.610 (Bushaltestellen)	Kostenstelle 660090	und in Höhe von	20.000,- €

Gesamt (netto)	ca. 102.000,- €
zzgl. 19% MWSt.	<u>ca. 19.500,- €</u>
Gesamt (brutto)	ca. 121.500,- €

Die erforderlichen HH-Mittel in Höhe von 125.000 € werden aus den aufgezeigten IvP-Nrn. bereitgestellt. Das Arbeitsprogramm in diesen Aufgabenbereichen wird entsprechend abgeändert, wobei darauf verwiesen wird, dass der Ausbau Siedlerweg ohnehin im Radwegsanierungsprogramm oberste Priorität genoss.

Anlagen:

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IP-Nr. 541.802 (Brücke Wöhrmühle West)	Kostenstelle 660090	Produkt	125.000,- € für Sachkonto [
---	---------------------	---------	---------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

IP-Nr. 541.500 (Erschließungsmaßn.,Bau)	Kostenstelle 660090	in Höhe von Produkt [50.000,- € bei Sachkonto [
IP-Nr. 541.841 (Radwegenetz, Ausbau)	Kostenstelle 660090	und in Höhe von Produkt [25.000,- € bei Sachkonto
IP-Nr. 541.840 (Fuß- /Radwege, kl.Baumaßn.)	Kostenstelle 660090	und in Höhe von Produkt [30.000,- € bei Sachkonto [
IP-Nr. 541.610 (Bushaltestellen)	Kostenstelle 660090	und in Höhe von	20.000,- €

mit 49 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Beugel

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

III/30/KJE/2302

30-R/004/2010

TOP: 12

Straßenausbaubeiträge Goethe-/Heuwaagstraße zwischen Güterhallenstraße und Hauptstraße; hier: Vergleichsvorschlag

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	vertagt

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Referat VI; Tiefbauamt

I. Antrag

Die Verwaltung wird ermächtigt, dem Kläger folgenden Vergleichsvorschlag zu unterbreiten und bei Zustandekommen des Vergleichs dementsprechend die Straßenausbaubeiträge abzurechnen:

Der Anteil der Beitragsschuldner an der Teileinrichtung Fahrbahn wird von bislang 60 % auf 40 % festgelegt. Dies gilt unabhängig davon, wie die Straße bei der endgültigen Abrechnung nach der Straßenausbaubeitragssatzung (ABS) einzustufen ist. Der Kläger nimmt im Gegenzug die Klage gegen den Vorauszahlungsbescheid zurück und erkennt diese Regelung auch bezüglich der endgültigen Abrechnung an und verzichtet insoweit auf die Einlegung von Rechtsmitteln.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das Verwaltungsgericht Ansbach hat in der mündlichen Verhandlung in dem laufenden Gerichtsverfahren, das sich gegen einen Vorauszahlungsbescheid auf den Straßenausbaubeitrag für die Erschließungsanlage Goethe-/Heuwaagstraße wendet, geäußert, dass es sich bei der Goethestraße und der Heuwaagstraße wohl aufgrund des Busverkehrs in diesen Straßen um einen **Sonderfall** handele, der es durchaus rechtfertige, dass sich der Stadtrat im Hinblick auf die Abrechnung der Fahrbahn über eine andere Kostenregelung verständigen könnte.

Weiter hat das Gericht ausgeführt, dass die beiden Straßen nach Auffassung des Gerichts nicht als eine Anlage, sondern als zwei getrennte Anlagen (also Goethestraße und Heuwaagstraße getrennt) zu veranlagen seien.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner in der Goethe- und Heuwaagstraße durch den Busverkehr wurde durchaus von der Stadt erkannt. Bei der bisherigen Ermittlung der umlagefähigen Kosten für den ersten Bauabschnitt wurden so bereits erhebliche Anteile für den Bus nicht mit einbezogen. In der Summe sind dies ca. **71.000,- €**.

Zusätzlich soll aufgrund der „**Sondersituation Bus**“ (erhöhter allgemeiner Vorteil im Vergleich zum Anwohnervorteil) ausnahmsweise der eigentliche %-Anteil in Höhe von 60 % für die Fahrbahn, der nach der Straßenausbaubeitragssatzung von den Eigentümern zu erheben wäre, auf 40 % gesenkt werden, wodurch sich der städtische Eigenanteil entsprechend erhöht. Für den ersten Bauabschnitt sind dies nach der bisherigen Kostenermittlung ca. 77.000,- €.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

In dem laufenden Gerichtsverfahren wird dem Kläger ein Vergleichsvorschlag unterbreitet. Das Ergebnis in dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren ist auch Grundlage für die weitere Sachbehandlung der noch anhängigen Widersprüche und gilt gleichermaßen für die Goethe- wie die Heuwaagstraße.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ bei IPNr.:
Sachkosten:	€ bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€ bei Sachkonto:
Folgekosten	€ bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€ bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen	

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen:

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird zur Vorberatung im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss vertagt.

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Wüstner

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

III/31/WKB

31/024/2010

TOP: 13

Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion der Grünen Liste vom 10.03.2010, Nr. 30/2010; Petition Energiewirtschaft - Reduzierung der Einspeisungsvergütung für Solarstrom nur unter bestimmten Voraussetzungen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	mehrheitlich angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Der Stadtrat unterstützt die Stellungnahme des Deutschen Städtetages.

Der Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion der Grünen Liste vom 10.03.2010 Nr. 30/20/10 ist damit abschließend behandelt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

Am 3. März 2010 hat das Bundeskabinett einen Beschluss über die Neuregelung der Einspeisevergütung für Fotovoltaikanlagen im Energie-Einspeisegesetz (EEG) 2009 gefasst. Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen müssen noch im Bundestag beraten werden.

Laut Kabinettsbeschluss soll die Vergütung für Dachanlagen zum 1. Juli 2010 um 16% abgesenkt werden. Bei Freiflächen soll die Absenkung 15% betragen, bei Flächen ehemaliger wirtschaftlicher und militärischer Nutzung 11%. Die Vergütung für Anlagen auf Ackerflächen soll ab dem 1. Juli 2010 ganz entfallen.

Der Klimawandel ist die derzeit größte umweltpolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Allgemein gültige und von der Bundesregierung im nationalen und internationalen Kontext vertretene Strategien gegen einen weiteren ungebremsten Anstieg der Temperatur der Atmosphäre sind die Steigerung der Energieeffizienz sowie Förderung und Nutzung erneuerbarer Energien.

Deutsche Unternehmen sind bislang technologisch weltweit führend und schaffen viele hochwertige Arbeitsplätze. Auch auf lokaler und regionaler Ebene profitiert das Handwerk von der Auftragssituation. Erlangen ist bundesweit eine der führenden Städte bezüglich Solarstromeinspeisung. Eine weitere zusätzliche Senkung der Einspeisevergütung über die bereits im EEG 2009 geregelte Degression führt möglicherweise zu einem geringeren Zuwachs an Solarstromanlagen.

Vizepräsident Ude des Deutschen Städtetags betont in einer Stellungnahme vom 11. Februar 2010 (Anlage 2), dass im Bereich erneuerbare Energien keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden sollen, damit der Kampf gegen den Klimawandel gestärkt wird.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Mit der Stellungnahme des Deutschen Städtetages wird ein Signal für den Klimaschutz gesetzt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ bei IPNr.:
Sachkosten:	€ bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€ bei Sachkonto:
Folgekosten	€ bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€ bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen	

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen:

1. Dringlichkeitsantrag der Grünen Liste Nr. 30 vom 16. März 2010
2. Stellungnahme des Deutschen Städtetags
3. Text der Petition mit Begründung
4. Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

Der Stadtrat unterstützt die Stellungnahme des Deutschen Städtetages.

Die Stadt Erlangen lehnt weitere Kürzungen bei der Förderung von Fotovoltaikanlagen ab.

Der Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion der Grünen Liste vom 10.03.2010 Nr. 30/20/10 ist damit abschließend behandelt.

mit 47 gegen 2 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Wüstner

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

IV/Abt.512/BUH-1731

512/001/2010

TOP: 14

Krippenausbau: Fortschreibung der Priorisierung der Ausbauprojekte unter Berücksichtigung der Haushaltsmittel

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Kämmerei

Planungsgruppe nach BayKiBiG

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der geplanten Ausbauprojekte sowie Generalsanierungen von Kindertageseinrichtungen mit den Bauträgern entsprechend voranzutreiben.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Neuschaffung von Krippenplätzen und Durchführung von Generalsanierungen in Kindertageseinrichtungen in Kombination mit der Errichtung neuer Krippengruppen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Fortführung der Ausbauplanungen sowie Umsetzung der angezeigten Generalsanierungen unter Berücksichtigung der bereitgestellten Haushaltsmittel in 2010/2011.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Haushaltsmittel 2010

Auf der Kostenstelle „Kindertageseinrichtungen Freier Träger“ stehen laut Stadtratsbeschluss vom 25.02.2010 im Haushalt 2010 folgende Mittel zur Verfügung:

Haushaltsentwurf der Kämmerei für 2010:	1.750.000 €
Erhöhung (HFPA vom 11.02.2010)	4.500.000 €
Vorgezogene Restmittelübertragung (HFPA vom 11.02.2010)	701.000 €
Neuer Ansatz 2010:	6.951.000 €

Von den 6.951.000 € sind bereits gebunden: 701.000 € durch die vorgezogene Restmittelübertragung (HFPA vom 11.02.2010) sowie 631.183 € durch Projekte mit Beschlüssen aus 2009 (siehe Vorlage 512/002/2010). Das Haushaltsvolumen um für 2010 neue Beschlüsse herbeizuführen, beträgt somit **5.618.817 €**.

Aufgrund der angespannten Haushaltssituation sowie der Erfahrung, dass es bei den Bauprojekten leicht zu zeitlichen Verzögerungen kommt und nicht alle Mittel in 2010 abgerufen werden, wurde beschlossen, von den für 2010 vorgesehenen Haushaltsansatz in Höhe von 5.618.817 € Mittel in Höhe von 2.850.000 € als Verpflichtungsermächtigung für 2011 bereit zu stellen.

Für den Haushalt 2010 und 2011 stellt sich das wie folgt dar:

2010		2011	
Ansatz:	6.951.000 €	Ansatz Kämmerei:	750.000 €
Vorgezogene Restmittelübertragung (HFPA vom 11.02.2010)	- 701.000 €	Erhöhung (HFPA v. 11.02.2010)	1.360.000 €
Gebundene Mittel aus 2009	- 631.183 €	Verpflichtungsermächtigung (VE):	2.850.000 €
Zwischensumme:	5.618.817 €	Neuer Ansatz:	4.960.000 €
Als VE von 2010 nach 2011:	- 2.850.000 €		
Ansatz für neue Projekte:	2.768.817 €	Davon als VE	3.931.000 €

Mit dem Haushaltsansatz von 2010 in Höhe von 2.768.817 € sowie der Verpflichtungsermächtigung für 2011 in Höhe von 3.931.000 € stehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt **6.699.817 €** für neue Ausbauprojekte zur Verfügung.

Das bedeutet, dass für Projekte mit einem Haushaltsvolumen in Höhe von insgesamt 6.699.817 € in 2010 Beschlüsse herbeigeführt werden können. Diese Projekte würden in 2010 finanziert oder anfinanziert werden und je nach Baufortschritt und Fertigstellung in 2010 oder in 2011 in Betrieb gehen.

Fortschreibung der Priorisierungsliste

Am 22.10.2009 wurde im JHA eine Priorisierungsliste zum Krippenausbau vorgestellt. Die dort mit sehr hoch und hoch bewerteten Projekte sollen in diesem Jahr verwirklicht werden. Aufgrund von neuen Informationen und Entwicklungen zum Planungsstand, wurde die vorgestellte Priorisierungsliste vom 22.10.2009 weiter fortgeschrieben.

Die nachfolgenden Tabellen geben den aktuellen Planungsstand wieder.

Projekte mit Beschlüssen aus 2009 – Realisierung in 2010

Bei den in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Ausbaumaßnahmen handelt es sich um Projekte mit Beschlüssen aus 2009, die in 2010 realisiert werden. Für diese Projekte wurden Beschlüsse in Vorgriff auf den Haushalt 2010 (Verpflichtungsermächtigungen) herbei geführt.

Es handelt sich hierbei um die Projekte mit einem Volumen in Höhe von 631.183 €, die von dem Haushaltsansatz 2010 (siehe Tabelle oben) abgezogen werden mussten.

Träger	Gruppen	Sachstand	Priorität/ geplante Beschlussfassung	Geschätzter Zuschussbedarf	Summe
Krippe					
Kath. Kirchengemeinde Herz Jesu	2	Bereits in 2009 anfinanziert, erste Mittel wurden abgerufen, geplante Inbetriebnahme am 01.09.2010	Stadtratsbeschluss vom 25.06.2009, Zuweisungsbescheid vom 11.09.2009;	2. Rate 250.000 € in 2010	250.000 €
Hort					
Evang. Kirchengemeinde St. Markus -Löhehort	1	Förderantrag liegt bei der Regierung von Mittelfranken bereits positiv vorbegutachtet, Baugenehmigung fehlt noch. Geplante Inbetriebnahme in 2010	Stadtratsbeschluss vom 10.12.2009	2. Rate 381.183 € in 2010	631.183 €

Ausbauvorhaben freier Träger in 2010

Nachfolgend die Ausbauvorhaben, für die neue Beschlüsse herbeigeführt werden können, in Höhe von einem Haushaltsvolumen von insgesamt 6.699.817 €.

Träger	Gruppen	Sachstand	Priorität/ geplante Beschlussfassung	Geschätzter Zuschussbedarf	Summe
Kath. Kirchengemeinde St. Sebald Erweiterung des Kindergartens um eine Krippengruppe	1	Der Träger ist in seiner Planung sehr weit fortgeschritten. Als Baubeginn ist 2010 angestrebt.	Priorisierung: sehr hoch Geplante Beschlussherbeiführung in 2010	400.000 €	400.000 €
Diakonisches Zentrum Erweiterung des Kinderzentrums um eine Krippengruppe <u>Generalsanierung</u> der bestehenden Krippe, des Kindergartens und des Horts	1	Planungsunterlagen liegen vor. Die zusätzliche Krippengruppe ist mit <u>Generalsanierung</u> verknüpft. Beginn der Baumaßnahme in 2010.	MzK vom 22.04.2009 Herbeiführung von Beschlüssen im JHA und Stadtrat im April 2010 geplant. Priorisierung: sehr hoch	1.720.000 €	2.120.000 €
Kath. Kirchengemeinde Heilig Kreuz Umwandlung einer Kindergartengruppe	1	Veränderung seit der Priorisierungsliste vom 22.10.2009: Fördermittel können bis 2013 beantragt werden. Planungsunterlagen werden derzeit erstellt. Geplante Realisierung der Krippe in 2010.	Priorisierung: sehr hoch Beschlussherbeiführung in 2010	200.000 €	2.320.000 €

Ev. Thomaskirchengemeinde Erweiterung des Kinderhaus Thomizil um anderthalb Krippengruppen	1,5	Erweiterung der Einrichtung um eine Krippengruppe geplant. Veränderung seit der Priorisierungsliste vom 22.10.2009: Fördermittel können bis 2013 beantragt werden. Planungsunterlagen werden derzeit überarbeitet.	MzK v. 22.04.2009 Priorisierung: sehr hoch	600.000 €	2.920.000 €
Ev. Kirchengemeinde St. Matthäus <u>Generalsanierung</u> des Kindergartens und Neubau von zwei Krippengruppen	2	Der Träger ist in seiner Planung sehr weit vorgeschritten. Geplant ist eine öffentliche und eine betriebliche Krippengruppe. Vereinbarung mit Betrieb, dass Realisierung der Krippengruppe bis 2011 erfolgt. Die geplante Krippe ist mit einer <u>Generalsanierung</u> verknüpft.	Priorisierung:sehr hoch Geplante Beschlussfassung in 2010	1.548.500 € - 1.784.000 € *	4.704.000 €
Ev. Kirchengemeinde St. Maria Magdalena Erweiterung des Kindergartens Arche um eine Krippengruppe	1	Der Träger hat mit der konkreten Planung begonnen. Geplante Inbetriebnahme in 2011	Priorisierung: sehr hoch Geplante Beschlussfassung in 2010	400.000 €	5.104.000 €
Miniclub Erweiterung der Krippeneinrichtung	0,5	Träger plant eine Erweiterung seiner Einrichtung. Geplante Realisierung in 2010	Priorisierung: hoch	30.000 €	5.134.000 €
Siemens (Bauträger) Friedrich-Bauer-Str., N.N. (Betriebsträger)	4	Neubau von 4 Krippengruppen (50 Plätze) und einer Kindergartengruppe (25 Plätze)	Priorisierung: hoch Beschlussfassung im Sommer 2010 geplant	1.600.000 € (noch Klärungsbedarf bzgl. der Kindergartengruppe)	6.734.000 €
Benötigte Haushaltsmittel für	12 Gruppen				6.734.000 €
Incl. 2 Gruppen Herz Jesu (2. Rate)	14 Gruppen				

*Für die Generalsanierung steht zur Zeit noch keine genaue Zuschusshöhe fest. Von daher wird eine minimale und eine maximale Zuschusshöhe in der Tabelle angegeben. Bis die Zuschusshöhe bei den Generalsanierungen geklärt ist, geht die Verwaltung vom Maximum an Zuschussbedarf aus.

Aufgrund der groben Kostenschätzungen die für die Ausbauprojekte angesetzt wurden, können nach dem heutigen Stand 12 Krippengruppen incl. der Generalsanierungen von zwei Kindertageseinrichtungen mit den in 2010 beschlossenen Mitteln und der Verpflichtungsermächtigungen realisiert werden. Mit den 2 Gruppen von Herz Jesu werden somit 14 Gruppen geschaffen.

Bisher bekannte, konkrete Ausbauplanungen in 2011 und 2012

Träger	Gruppen	Sachstand	Priorität/ geplante Beschlussfassung	Geschätzter Zuschussbedarf	Summe
Der Paritätische Bayern – gem. Kita GmbH Nordbayern/Montessori Dechsendorf	1	Anbau an den bestehenden Kindergarten geplant. Planungsunterlagen werden derzeit geprüft.	Priorisierung: sehr hoch	400.000 €	400.000 €
Ev. Kirchengemeinde St. Peter und Paul Erweiterung des Kindergartens um zwei Krippengruppen	2	Der Träger hat mit der konkreten Planung begonnen. Planungsunterlagen werden derzeit erstellt. Die geplante Krippe ist mit der angezeigten Generalsanierung verbunden. Träger würde gerne so schnell wie möglich das Bauvorhaben realisieren.	Priorisierung: sehr hoch	800.000 € (Kosten für die Generalsanierung noch offen)	1.200.000 €
Palmsanlage Städt. Gebäude	2	Kaufangebot an Universität/Kliniken für die Einrichtung einer Krippe Eine Realisierung wäre relativ schnell möglich.	Priorisierung hoch	800.000 €	2.000.000 €
Ev. Kirchengemeinde Erlöserkirche	2	Erweiterung der Kindertageseinrichtung um zwei Krippengruppen, Krippenneubau. Erste Kontaktgespräche mit dem Träger haben statt gefunden. Träger plant den Baubeginn in 2011.	Priorisierung: hoch	800.000 €	2.800.000 €
Kath. Kirchengemeinde Heilige Familie	1	Erweiterung der Kindertageseinrichtung um eine Krippengruppe. Krippenneubau, unabhängig von der Generalsanierung des Kindergartens. Geplanter Baubeginn in 2011.	Priorisierung: hoch	400.000 €	3.200.000 €
	8 Gruppen				3.200.000 €

Weitere Ausbauvorhaben

Träger	Gruppen	Sachstand	Priorität/ geplante Beschlussfassung	Geschätzter Zuschussbedarf	Summe
AWO Sonnenschein Tennenlohe	2-4	Träger plant Erweiterung der bisherigen Krippe			
Ev. Kirchengemeinde St. Markus - Heuschlag	1	Umwandlung einer Kindergartengruppe Ausbauprojekt von 2010 auf 2012 verschoben, weil aus förderrechtlicher Sicht kein Provisorium besteht			

AWO Röthelheimpark		3. Grundstück der AWO mit einer Bauverpflichtung für eine Kindertageseinrichtung			
Grundstück Frauenaarach bzw. Gemeinezentrum		Einrichtung einer Krippe in Frauenaarach notwendig. Derzeit besteht nur eine sehr geringe Versorgungsquote an diesem Standort.			
Grundstück in Alterlangen		Einrichtung einer Krippe in Alterlangen notwendig Derzeit besteht nur eine sehr geringe Versorgungsquote an diesem Standort.			
Bezirksklinikum		Konkrete Planung derzeit offen			

Betriebskosten in 2010

Durch die Realisierung der geplanten neuen Gruppen fallen zusätzlich Betriebskosten. Pro Gruppe entstehen Betriebskosten von ca. 80.000 €. Die Kosten werden zur Hälfte durch den Freistaat Bayern refinanziert. Für 2010 wurde eine Erhöhung der Betriebskosten auf 14 Gruppen berechnet und im Haushalt für das laufende Budget eine Erhöhung um 1.200.000 € angemeldet.

Der konkrete Bedarf richtet sich nach dem Inbetriebnahmezeitpunkt der Einrichtungen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: bei IPNr.: 365D.880

In 2010: 4.101.000 € KSt. 510090

In 2011 als VE: 3.500.000 € KTr. 36510051

Folgekosten 1.200.000 € SK 530101

Betriebskostenzuschüsse KSt. 512090

KTr. 36521100

Korrespondierende Einnahmen 600.000 € SK 414101

Betriebskostenzuschüsse KSt. 512090

KTr. 36521100

Investitionskostenzuschüsse 365D.610ES

(staatliche Refinanzierung) KSt. 510090

gemäß Haushaltsplan veranschlagt in 2010 1.866.000 € KTr. 36510051

gemäß Haushaltsplan veranschlagt in 2011 2.750.000 €

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: 365.D880 vorhanden!

Anlagen:

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der geplanten Ausbauprojekte sowie Generalsanierungen von Kindertageseinrichtungen mit den Bauträgern entsprechend voranzutreiben.

mit 49 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeissl

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

IV/Abt.512/BUH-1731

512/004/2010

TOP: 15

Errichtung einer neuen (vierten) Krippengruppe in Verbindung mit der Generalsanierung des Diakonischen Zentrums (Krippe, Kindergarten und Hort)

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

In dem Diakonischen Zentrum Erlangen - Büchenbach e.V. werden 12 neue Krippenplätze als bedarfsnotwendig anerkannt.

Die Generalsanierung des Diakonischen Zentrums (Kinderkrippe, Kindergarten, Kinderhort) und die Schaffung von 12 neuen Krippenplätzen ist wie geplant durchzuführen und entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Förderungsmodalitäten zu bezuschussen.

Unter dem Vorbehalt der Gewährung einer staatlichen Finanzhilfe wird dem Vorhaben in Art, Ausmaß und Ausführung zugestimmt.

Der Träger erhält einen Zuschuss für den Umbau und die Ausstattung der Krippenplätze sowie einen Zuschuss für die geplante Generalsanierung von der bestehenden Krippe, Kindergarten und Hort wie im Sachbericht aufgezeigt.

Für die Baukostenförderung der Maßnahme sind im städtischen Haushalt insgesamt rund 1.720.000,00 € einzustellen (Generalsanierung: 1.483.324,00 €; Neuschaffung der 12 Krippenplätze 230.400,00 €).

Für das Haushaltsjahr 2010 sind 1.350.000,00 € und für 2011 rund 370.000,00 € in Form einer Verpflichtungsermächtigung bereitzustellen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das Diakonische Zentrum plant seine bestehende Einrichtung um 12 Krippenplätze zu erweitern. Hierzu sollen die Räume der bestehenden Spielstube umgebaut und die Spielstube in das Kindergartenhaus verlagert werden. Die neue Krippengruppe schließt sich an die bereits bestehenden drei Krippengruppen des Diakonischen Zentrums an.

Nach Abschluss der Maßnahme stehen dann im Krippenhaus des Diakonischen Zentrums vier Krippengruppen mit insgesamt 48 Plätzen zur Verfügung.

Aus Sicht der Jugendhilfeplanung bietet sich folgendes Bild:

Geht man von dem prognostizierten Anstieg der Kinderzahlen aus, so bedeutet die Neuschaffung von Plätzen im Diakonischen Zentrum eine Anhebung der Versorgungsquote auf einen Wert von ca. 42,5% für den Krippenplanungsbezirk E – Büchenbach (Dorf). Dieser Wert liegt über dem für den Stadtdurchschnitt angestrebten Wert von 35%. Es zeichnet sich jedoch schon jetzt ab, dass in angrenzenden Planungsbezirken (Alterlangen, Frauenaarach) die Zielmarke nicht erreicht werden wird. Wie die Untersuchung zum Zusammenhang von Betreuungsplatz und Wohnort 2009 gezeigt hat, spielt Büchenbach-Dorf hier für die angrenzenden Planungsbezirke eine entscheidende Rolle.

Aus diesem Grund ist aus Sicht der Jugendhilfeplanung die Neuschaffung von 12 Betreuungsplätzen im Diakonischen Zentrum geeignet, zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes an Kinderbetreuungsplätzen dieser Altersgruppe beizutragen.

Die Errichtung der neuen (vierten) Krippengruppe steht in Verbindung mit der geplanten Generalsanierung des Diakonischen Zentrums. Die Generalsanierung soll aufgrund des schlechten baulichen Zustandes durchgeführt werden.

Das Diakonische Zentrum wurde in den Jahren 1971 bis 1973 errichtet. Es besteht derzeit aus Kinderkrippe (36 Plätze), Spielstube (12 Plätze), Kindergarten (75 Plätze), Schulkindergarten (18 Plätze) und Kinderhort (50 Plätze). Der bauliche Zustand entspricht in keiner Weise mehr den heutigen Anforderungen. Hier wären vor allem zu nennen: veraltete Heizungs- und nicht mehr funktionierende Warmwasserbereitungsanlage, schadhafte Flachdachabdichtung im Krippengebäude, defekte Oberlichter, undichte und verbrauchte Fenster-, Tür- und Sonnenschutzelemente, undichte Steildächer, kritische Trinkwasserinstallation, Geruchsbildung in den Sanitäranlagen, veraltete Elektroinstallation, fehlende Fehlerstromsicherungen, überwiegend nicht funktionale und nicht effiziente Beleuchtung, unangenehme Raumakustik in den hohen Kindergartenräumen, verbrauchte Fensterbänke, Deckenverkleidungen, Innentüren und Fußbodenbeläge. Die Raumanordnung ist im Hinblick auf den Ganztagsbetrieb und den heutigen pädagogischen Anforderungen funktional ungünstig.

In den zurückliegenden Jahren wurden verschiedene Sanierungsarbeiten durch den Träger durchgeführt. Im Zeitraum 1994 bis 1998 wurden teilweise eine Flachdachsanierung, Umbauten im Kindergarten und im Hort sowie der Anbau eines Personalraumes durchgeführt. Diese Maßnahmen wurden sowohl durch die Stadt Erlangen und dem Freistaat Bayern bezuschusst.

Die geplanten Maßnahmen (Neuschaffung einer weiteren Krippengruppe und Generalsanierung des gesamten Gebäudes) sollen in zwei Bauabschnitten durchgeführt werden. Der erste Bauabschnitt (BA I) soll von ca. Juli bis ca. Oktober 2010 gehen. Die zweite Bauphase soll sich von voraussichtlich April 2011 bis September 2011 erstrecken.

Nach Durchführung der Umbaumaßnahme zur Schaffung der neuen (vierten) Krippengruppe sowie Generalsanierung der Kindertageseinrichtung des Diakonischen Zentrums besteht die Einrichtung dann aus:

Krippe:

48 Krippenplätzen (vier Krippengruppen mit jeweils 12 Kindern)

Kindergarten:

107 Kindergartenplätzen, organisatorisch gegliedert in

drei Kindergartengruppen á 25 Kindern

eine Schulkindergartengruppe mit 20 Kindern und

eine Spielstubengruppe mit 12 Kindern

Hort:

50 Hortplätzen (zwei Hortgruppen mit jeweils 25 Kindern).

Der Erhalt des Platzangebotes im Diakonischen Zentrum ist in Hinblick auf alle Altersgruppen (Krippe, Kindergarten, Hort) aus Sicht der Jugendhilfeplanung für die Sicherung der bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen dringend geboten. Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die Plätze weiterhin zu erhalten, sind aus diesem Grund unter dem Blickwinkel der Bedarfsangemessenheit voll zu befürworten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 1.) Bedarfsanerkennung von 12 Krippenplätzen, d.h. Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Bezuschussung der laufenden Betriebskosten.
- 2.) Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Umbau- und Ausstattungskosten zur Errichtung der neuen (vierten) Krippengruppe.
- 3.) Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Generalsanierung des Kindergartens, der bestehenden Krippe und des Horts im Diakonischen Zentrum.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Neuschaffung einer neuen (vierten) Krippengruppe im Diakonischen Zentrum:

Die **Gesamtkosten für das Vorhaben** (Generalsanierung und Neuschaffung von 12 Krippenplätzen) werden durch den Träger mit **2.892.726 €** veranschlagt.

Die Generalinstandsetzung ist gemäß Art. 27 BayKiBiG durch die Stadt Erlangen mit 66^{2/3} % der zuwendungsfähigen Kosten zu bezuschussen.

Die Baukostenförderung für die Schaffung der 12 neuen Krippenplätze erfolgt nach der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013.

Im Einzelnen ergibt sich folgende Bezuschussung:

Die **Gesamtkosten für die Generalsanierung** betragen **2.584.100,00 €**. Nach den vorläufigen Berechnungen belaufen sich die zuwendungsfähigen Kosten voraussichtlich auf 2.224.985,76 €. Daraus errechnet sich ein **städt. Zuschuss von 66^{2/3} %** in Höhe von voraussichtlichen **1.483.324,00 €**. Im Rahmen des Finanzausgleichs (FAG) werden **Zuwendungen des Freistaats Bayern** in Höhe von voraussichtlich **519.000,00 €** an die Stadt Erlangen zurückfließen. Der **Nettozuschuss der Stadt Erlangen** beläuft sich so auf voraussichtlich **964.324,00 €**

Für die **Neuschaffung der 12 Krippenplätze** betragen die Kosten voraussichtlich **308.626,10 €** incl. Ausstattung. Die zuwendungsfähigen Kosten belaufen sich voraussichtlich auf ca. 199.223,42 € (Bau) und ca. 15.000,00 € (Ausstattung). Der **städt. Zuschuss** beträgt zur Förderung der neuen Krippengruppe voraussichtlich **230.400,00 €**.

Der **Freistaat Bayern** beteiligt sich im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013 mit ca. 70,4 % an den zuwendungsfähigen Baukosten mit voraussichtlich **140.300,00 €** und übernimmt die Kosten von voraussichtlich max. **15.000,00 €** für die Ausstattung voll, so dass sich letztlich der **Nettozuschuss der Stadt Erlangen** voraussichtlich auf ca. **75.100,00 €** beläuft.

Im städt. Haushalt sind für die Maßnahme insgesamt 1.713.734,00 € (Generalsanierung: 1.483.324,00 € und Neuschaffung 12 Krippenplätze: 230.400,00 €) bereitzustellen. Der Freistaat Bayern beteiligt sich an dem Vorhaben voraussichtlich mit insgesamt 674.300 € (Generalinstandsetzung: 519.000,00 €; Neuschaffung der 12 Krippenplätze: 140.300,00 € (Bau) und 15.000,00 € (Ausstattung)).

Die gesamte voraussichtliche Nettobezuschung der Stadt Erlangen beträgt unter Berücksichtigung der staatlichen Zuwendungen 1.039.434 €. Sollten die Kosten für die Generalsanierung bzw. die Neuschaffung der 12 Krippenplätze geringer ausfallen als geschätzt, so ist die Bezuschung entsprechend den gesetzlichen Förderungsmodalitäten (wie oben) neu zu ermitteln.

Durch das Diakonische Zentrum sind voraussichtlich Eigenmittel in Höhe von ca. 1.180.000,00 € erforderlich.

Die abschließend zu leistende Förderung und Finanzierung des Vorhabens kann erst nach Vorlage der Zuwendungsbescheide durch die Regierung erfolgen. In diesem Zusammenhang ist noch ungeklärt, ob eine Rückerstattung von Fördermitteln durch das Diakonische Zentrum für die im Zeitraum 1994 bis 1998 durch die Stadt Erlangen und dem Freistaat Bayern bezuschussten Baumaßnahmen gegeben ist, da innerhalb von 30 Jahren gegebenenfalls erneut in bereits geförderte Bereiche eingegriffen wird. Die Regierung von Mittelfranken trifft hierzu erst im konkreten Antragsverfahren eine Entscheidung. Dadurch kann sich gegebenenfalls der Eigenanteil des Trägers erhöhen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Wie bereits dargestellt wird das Vorhaben in zwei Bauabschnitten durchgeführt (BA I und BA II). Nach den derzeitigen Planungen sind für das Haushaltsjahr 2010 voraussichtlich 1.350.000,00 € und für 2011 rund 370.000,00 € in Form einer Verpflichtungsermächtigung bereitzustellen.

Investitionskosten:		bei IPNr.365D.880
Baukostenzuschuss:	1.705.000,00 €	KSt. 510090
Ausstattungszuschuss:	15.000,00 €	KTr. 36510051
Insgesamt:	1.720.000,00 €	
Haushalt 2010:	1.350.000,00 €	
Haushalt 2011 (VE)	370.000,00 €	
Folgekosten		bei Sachkonto:
Betriebskosten		SK 530101
2010: vom 01.10. – 31.12.2010	20.000,00 €	KSt. 512090
Jährlich ab 2011	80.000,00 €	KTr. 36521100
Korrespondierende Einnahmen		bei Sachkonto:
Betriebskosten:		SK 414101

2010: 01.10. – 31.12.2010	10.000,00 €	KSt. 512090
Jährlich ab 2011	40.000,00 €	KTr. 36521100
Staatzuwendung Baukosten	659.300,00 €	365D.610ES
Staatl. Ausstattungszuschuss	15.000,00 €	KSt. 510090
Staatl. Zuschuss insgesamt	674.300,00 €	KTr. 36510051

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: 365D.880 bzw. im Budget vorhanden!

Haushaltsmittel für den laufenden Betrieb sind auf SK 530101 eingeplant.

Anlagen:

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

In dem Diakonischen Zentrum Erlangen - Büchenbach e.V. werden 12 neue Krippenplätze als bedarfsnotwendig anerkannt.

Die Generalsanierung des Diakonischen Zentrums (Kinderkrippe, Kindergarten, Kinderhort) und die Schaffung von 12 neuen Krippenplätzen ist wie geplant durchzuführen und entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Förderungsmodalitäten zu bezuschussen.

Unter dem Vorbehalt der Gewährung einer staatlichen Finanzhilfe wird dem Vorhaben in Art, Ausmaß und Ausführung zugestimmt.

Der Träger erhält einen Zuschuss für den Umbau und die Ausstattung der Krippenplätze sowie einen Zuschuss für die geplante Generalsanierung von der bestehenden Krippe, Kindergarten und Hort wie im Sachbericht aufgezeigt.

Für die Baukostenförderung der Maßnahme sind im städtischen Haushalt insgesamt rund 1.720.000,00 € einzustellen (Generalsanierung: 1.483.324,00 €; Neuschaffung der 12 Krippenplätze 230.400,00 €).

Für das Haushaltsjahr 2010 sind 1.350.000,00 € und für 2011 rund 370.000,00 € in Form einer Verpflichtungsermächtigung bereitzustellen.

mit 49 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeissl

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/66

66/031/2010

TOP: 16

Ausbau Paul-Gossen-Straße zwischen Günther-Scharowsky-Straße und Hertleinstraße; Bereitstellung der HH-Mittel im HH 2011

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö	Beschluss	angenommen mit Änderungen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 20, Ref. II

I. Antrag

Der Ausbau der Paul-Gossen-Straße zw. Günther-Scharowsky-Straße und Hertleinstraße soll zusammen mit der Erneuerung der Straßenbrücke über der Bahnlinie erfolgen. Mit der Inbetriebnahme des S-Bahn-Haltepunkts „Paul-Gossen-Straße“ ist auch die entsprechende Verkehrsinfrastruktur im Straßenbereich der Paul-Gossen-Straße bereit zu stellen.

Die im Investitionsplan für die Jahre 2011, 2012 und 2013 vorgesehenen HH-Mittel sind im Haushalt 2011 entsprechend bereit zu stellen.

Die erforderlichen Mittel für die Jahre 2011, 2012 und 2013 sind zu den Haushaltsberatungen 2011 entsprechend anzumelden.

(aktuelle mittelfristige Finanzplanung im Haushalt 2010:

für 2011 1,2 Mio € (VE: 1 Mio), für 2012 1,2 Mio (ohne VE), für 2013 290 T € (ohne VE)).

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Verbesserung der straßenbaulichen Infrastruktur im Zusammenhang mit dem künftigen S-Bahn-Haltepunkt „Paul-Gossen-Straße“

Erzielung von Synergieeffekten bei gemeinsamer Abwicklung mit der DB-Maßnahme „Erneuerung der Straßenbrücke Paul-Gossen-Straße“ hinsichtlich der Kosten und der verkehrlichen Abwicklung

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Notwendiger Beschluss des Stadtrates zum Haushalt 2011 mit mittelfristiger Finanzplanung bis 2014 bzgl. der erforderlichen Bereitstellung wie folgt:

für 2011	1.200.000 €
für 2012	1.200.000 € als VE
für 2013	290.000 € als VE

Die beiden Baumaßnahmen sind zu koordinieren, sodass die Verkehrsbeeinträchtigungen soweit als möglich minimiert werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Entsprechend dem Beschluss des Stadtrates vom 30.07.2009 wird vom Tiefbauamt derzeit die Ausführungsplanung vorbereitet mit dem Ziel, den Zuwendungsantrag für die Maßnahme bis Juli 2010 bei der Regierung von Mittelfranken abzugeben und anschließend die Ausschreibungsunterlagen soweit vorzubereiten, dass der Ausbau der Paul-Gossen-Straße im genannten Abschnitt in Koordination mit der von der DB-Projektbau betreuten Brückenerneuerung ab Mitte 2011 erfolgen kann.

Der aktuelle Terminplan der DB-Projektbau sieht vor, dass neben den Umbauarbeiten im Gleisbereich der DB auch die „Erneuerung der Straßenbrücke Paul-Gossen-Straße“ ab August 2010 europaweit ausgeschrieben wird. Die DB-Projektbau stellt derzeit die hierfür notwendigen Ausschreibungsunterlagen zusammen. Im Zuge der Abstimmung der Ausschreibungsunterlagen mit der DB ist die verbindliche Festlegung erforderlich, dass die gemäß StR-Beschluss vom 30.07.2009 vorgesehene gemeinsame bauliche Umsetzung Brückenerneuerung/Straßenausbau Paul-Gossen-Straße auch bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt der DB verbindlich zugesagt werden kann.

Diese Festlegungen sind bereits jetzt zu treffen, da gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz und Kreuzungsvereinbarung die DB nur verpflichtet ist, an den vorhandenen Straßenquerschnitt vor und hinter der Brücke anzuschließen und dies auch in ihren Ausschreibungsunterlagen nur so vorsehen würde.

Nur durch den zeitgleichen Ausbau der Paul-Gossen-Straße „im Schatten“ der Erneuerung der Straßenbrücke wird gewährleistet, dass zum Zeitpunkt der Fertigstellung des neuen S-Bahn-Haltespunktes „Paul-Gossen-Straße“ die neu strukturierten Straßenflächen im Anschluss an das Brückenbauwerk zur Verfügung stehen. Dies ist erforderlich, da nur durch den Bau der Zweirichtungsradwege längs der Paul-Gossen-Straße, durch Errichtung der beiden Bike & Ride-Plätze auf der Nord- und Südseite und durch den Bau der neuen Fußgängersignalanlage westlich der Brücke die optimale Erreichbarkeit der Bushaltestellen und der Treppenabgänge zur S-Bahn-Haltestelle und somit die optimale Verknüpfung zwischen Rad bzw. Bus und S-Bahn gegeben sein wird.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ist für die gemeinsame Abwicklung der Straßenbau-/Brückenbaumaßnahme jetzt die Festlegung durch den Stadtrat erforderlich, die im Investitionsplan für die Jahre 2011, 2012 und 2013 vorgesehenen HH-Mittel im Haushalt 2011 entsprechend bereit zu stellen.

Neben den beschriebenen Vorteilen für die Verknüpfung der einzelnen ÖPNV-Systeme nach Inbetriebnahme bestehen aber auch finanzielle und bauabwicklungstechnische Gründe, die gegen eine getrennte Abwicklung sprechen:

- - Mehrbelastung von Anliegern und Umleitungsstrecken
- - Mehrbelastung von Nutzern des ÖPNV an dem dann fertig gestellten S-Bahn-Haltespunkt „Paul-Gossen-Straße“ in Verbindung mit der bauablaufbedingten Verlegung der neuen Bushaltestellen auf der Brücke
- - Mehrkosten aufgrund mehrfacher Verkehrssicherungsmaßnahmen
- - Mehrkosten wegen des erforderlichen erneuten Umbaus der durch die DB ausgebauten Straßenbereiche vor und hinter der Brücke (auf eine Länge von jeweils ca. 90 m)

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Regierung von Mittelfranken anlässlich eines Abstimmungsgesprächs hinsichtlich der Förderfähigkeit der Straßenbaumaßnahme auch betont, dass im Falle der zeitlich getrennten Abwicklung eine erneute Förderung der bereits durch die DB ausgebauten Anschlussbereiche der Straße an die Brücke mit Ausnahme evtl. Mehrbreiten (aufgrund einer neuen Querschnittsaufteilung der Straße) nicht möglich sein wird.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	2.690.000,- €	bei IPNr.: 541.128
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Entsprechende Haushaltsmittel für die Jahre 2011, 2012 und 2013 sind bei IvP-Nr. 5431.128 im Investitionsprogramm 2009 – 2013 vorgesehen.

III. Abstimmung

Stadtrat am 29.04.2010

Der Ausbau der Paul-Gossen-Straße zw. Günther-Scharowsky-Straße und Hertleinstraße soll zusammen mit der Erneuerung der Straßenbrücke über der Bahnlinie erfolgen. Mit der Inbetriebnahme des S-Bahn-Haltepunkts „Paul-Gossen-Straße“ ist auch die entsprechende Verkehrsinfrastruktur im Straßenbereich der Paul-Gossen-Straße bereit zu stellen.

Die erforderlichen Mittel für die Jahre 2011, 2012 und 2013 sind zu den Haushaltsberatungen 2011 entsprechend anzumelden.

(aktuelle mittelfristige Finanzplanung im Haushalt 2010:

für 2011 1,2 Mio € (VE: 1 Mio), für 2012 1,2 Mio (ohne VE), für 2013 290 T € (ohne VE)).

Hierzu ist der Abschnitt westlich der Einmündung der Hertleinstraße aus der Planung herauszunehmen. Dies ergibt eine Kostenreduzierung von ca. 750.000 €.

Protokollvermerk:

Auf Vorschlag der Verwaltung wird der Satz:

„Die im Investitionsplan für die Jahre 2011, 2012 und 2013 vorgesehenen HH-Mittel sind im Haushalt 2011 entsprechend bereit zu stellen.“ gestrichen und die Sätze:

„Hierzu ist der Abschnitt westlich der Einmündung der Hertleinstraße aus der Planung herauszunehmen. Dies ergibt eine Kostenreduzierung von ca. 750.000 €.“ ergänzt.

Weiterhin sagt Herr berufsm. StR Bruse zu, die Zufahrt zum Sportverein nochmals im Hinblick auf den in beide Richtungen zu erwartenden Radverkehr zu prüfen und im UVPA zu berichten.

mit 46 gegen 3 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Bruse

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

TOP: 17

Anfragen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.04.2010	Ö		

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Stadtrat am 29.04.2010

Protokollvermerk:

Es werden folgende Anfragen gestellt:

1. Anfrage von Herrn StR Dr. Faigle betr. Neue Gastronomie in der Altstadt im Anwesen ehem. Gummi-Wörner.
Herr berufsm. StR Bruse teilt mit, dass eine Genehmigung für eine gastronomische Nutzung für max. 40 Gäste befristet bis Ende Juni 2010 erteilt wurde. Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung des BWA hierüber berichten.
2. Anfrage von Frau StRin Rossiter betr. Anforderung von Absichtserklärungen von ausländischen Studenten aus nicht EU-Ländern durch die Ausländerbehörde Erlangen. Frau berufsm. StRin Wüstner wird das Thema der Absichtserklärungen überprüfen und hierzu eine Rückmeldung geben.
3. Anfragen von Frau StRin Grille:
 - betr. Google Street-View, ob eine Möglichkeit gesehen wird, als Stadt Erlangen für die Bürger/innen Einspruch zu erheben.
 - betr. Baugebiet Tennenlohe, die Fa. Mauss darauf hinzuweisen, dass noch kein endgültiger Stadtratsbeschluss für den Bau von Reihenhäusern vorliegt.
 - betr. Gewerbegebiet G 6, sicherzustellen, dass vor der nächsten Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat die Beantwortung der Fragen mit dem Ortsbeirat und den Betreuungsstadträten zufriedenstellen erfolgt ist.

Die Anfragen zum Baugebiet Tennenlohe und zum Gewerbegebiet G6 werden von Herrn berufsm. StR Bruse beantwortet.

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis teilt mit, dass bezüglich Street-View eine rechtliche Überprüfung durch das Rechtsamt ergeben hat, dass nur individuelle Einsprüche durch die Bürgerinnen und Bürger eingelegt werden können. Das Rechtsreferat wird gebeten, die rechtliche Überprüfung den Erlanger Nachrichten zur Verfügung zu stellen sowie die Stelle mitzuteilen, wo die Einsprüche eingereicht werden können.

4. Anfragen von Herrn StR Schulz betr. Freibad-West,
 - ob das Bad geöffnet werden kann, sobald es die Wassertemperaturen zulassen.
 - ob der große Laubhaufen, der sich im Wiesengrund hinter dem Freibad befindet, entfernt werden kann.

Herr BM Lohwasser teilt mit, dass die Öffnung des Freibades-West in der Sitzung des Sportausschusses am 4.5.2010 besprochen werden kann. Hierzu werden auch die Vertreter der ESTW anwesend sein.

Bezüglich des Laubhaufens wird Referat III bzw. EB 77 um Abhilfe gebeten.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Friedel
Schriftführer/in

Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
Zum Vorgang

Sitzungsende am 29.04.2010, 17:45 Uhr

Der Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

Der Schriftführer:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU:

Für die SPD:

Für die Grüne Liste:

Für die FDP:

Für die Erlanger Linke:

Für die ÖDP:

Für die FWG: